

Der Einheitsverband

Seine Organisation und seine Aufgaben

Der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen —, der in der Zeit vom 2. bis 4. Juli in Stuttgart seine erste große öffentliche Veranstaltung abhält, ist am 13. Februar dieses Jahres gegründet worden. In diesem Verband, der in der Öffentlichkeit ganz allgemein als genossenschaftlicher Einheitsverband bezeichnet wird, sind die beiden großen genossenschaftlichen Zentralverbände, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften und der Generalverband der Deutschen Raiffeisengenossenschaften sowie mehrere kleinere Verbände, unter denen sich auch die Genossenschaftsverbände des Reichslandbundes, der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine und der Deutschen Bauernschaft befinden, zusammengeschlossen worden. Insgesamt traten bei der Gründung 37 Landes- und Provinzialverbände sowie 12 unmittelbar der Spitzenorganisation angegliederte Zentralgeschäftsanstalten dem Einheitsverband bei, der dadurch 36 339 landwirtschaftliche Genossenschaften in eine einheitliche und geschlossene Front gestellt hat. Waren bisher im Reichsverband 64,8 Prozent, im Generalverband 20,4 Prozent und in Einzelverbänden 8,5 Prozent organisiert, so sind nunmehr 89 Prozent des Gesamtbestandes Mitglieder des Einheitsverbandes. Damit ist der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen, dessen Einzelmitglieder 4 Millionen zählen, der größte Genossenschaftsverband der Welt geworden.



Reichsminister a. D. Dr. Hermès-Berlin,

Präsident des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen — e. V.

Wie die alten genossenschaftlichen Zentralverbände, so bildet auch der Einheitsverband, der nach seinem rechtlichen Charakter ein eingetragener Verein ist, einen Verband der Verbände. Mitglieder sind also die erwähnten Landes- und Provinzialverbände, deren Zahl sich inzwischen durch das Fortschreiten der genossenschaftlichen Vereinheitlichung im Mittelbau vermindert hat, sowie jene großen Zentralgeschäftsanstalten mit Rechtspersönlichkeit, die dem landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen dienen und deren Geschäftsbereich regelweise das Gebiet des Deutschen Reiches umfaßt (Bezugsvereinigungen der deutschen Landwirte, Domänenbank, Genossenschaftliche Reichswohlfahrt, die genossenschaftlichen Versicherungsanstalten usw.). Der Einheitsverband ist im übrigen dezentralisiert aufgebaut, d. h. daß durch den Beitritt zu ihm die geschäftliche und organisatorische Selbständigkeit seiner Mitglieder unberührt gelassen wird. Bei den erwähnten Provinzial- und Landesverbänden, die bis auf einige Ausnahmen heute schon ebenfalls die Gestalt von Einheitsverbänden tragen, sind, wie schon erwähnt, 36 339 Einzelgenossenschaften angeschlossen, die sich nach dem Stand vom 1. März in 116 Zentralgenossenschaften, 19 749 Spar- und Darlehensstellen, 3763 Bezugs- und Abgabegenossenschaften, 3570 Volkereigenen Genossenschaften und 9151 sonstige Genossenschaften gliedern.

Zu den Aufgaben des Reichsverbandes gehört in erster Linie die Vertretung und Förderung des gesamten ländlichen Genossenschaftswesens, insbesondere die Wahrung und Vertretung gemeinsamer Angelegenheiten namentlich in Gesetzgebung und Verwaltung, sowie die Beratung und Förderung der angeschlossenen Verbände und Genossenschaften in allen genossenschaftlichen, rechtlichen und wirtschaftlichen Fragen. Eine sehr wesentliche Aufgabe des neuen Einheitsverbandes ist die Ausübung des Revisionsrechtes gegenüber den ihm angeschlossenen Mitgliedern, insbesondere gegenüber den diesen angehörenden Zentralgenossenschaften. Weiterhin gehört zu den Aufgaben des Einheitsverbandes die Bearbeitung der genossenschaftlichen Statistik, die Pflege und Wahrung der genossenschaftlichen Grundzüge sowie die Förderung der Volkswohlfahrt in wirtschaftlicher, in sittlicher und geistiger Beziehung durch Vertiefung und Belebung des Gemeinannes auf christlicher Grundlage. Alle diese Aufgaben haben ihre Verankerung in den Satzungen der Organisation gefunden. Zu ihren sonstigen Aufgaben gehört auch die Ausbildung des genossenschaftlichen Nachwuchses, welche in der Deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftsschule stattfindet, in dieser ältesten, 1904 gegründeten genossenschaftlichen Lehranstalt, in der namentlich auch die Revisionsausbildung des ebenfalls geschäftliche Tätigkeit führt der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften — Raiffeisen nicht aus, dagegen erfolgt neben der allgemeinen Beratungstätigkeit, welche durch die Erfüllung der jahungsgemäßen Aufgaben gegeben ist, eine umfangreiche literarische Tätigkeit, zu der auch die Herausgabe einer Verbandszeitschrift gehört, die vom 1. Juli ab ebenfalls als Einheitsorgan und zwar unter dem Titel „Deutsches landwirtschaftliches Genossenschaftsblatt“ erscheint.

Der Stuttgarter Tagung des neuen genossenschaftlichen Einheitsverbandes sieht man in der Öffentlichkeit mit großen Erwartungen entgegen, da er die Richtung festlegen wird für die Entwicklung, welche das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen in der nächsten Zeit nehmen wird, eine Entwicklung, die be-



Oberregierungsrat a. D. Boier-Stuttgart, Vorsitzender des Württembergischen Landesverbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften.

tanntlich zur den Verlaut der gegenwärtigen Agrarfrage bedeutsam sein dürfte. Zu dieser Entwicklung wird, wie es in verschiedenen Kundgebungen der leitenden Persönlichkeiten des Einheitsverbandes bereits angedeutet worden ist, vor allem die Ausgestaltung der genossenschaftlichen Abgaborganisation gehören. Ein Werk landwirtschaftlicher Selbsthilfe soll hier in Angriff genommen werden, das, wenn sich die Maßnahmen der Staatshilfe als ausreichend erweisen haben, dann hoffentlich zur Behebung der gegenwärtigen Notstände nicht unbedeutend auswirken und damit zum Segen der gesamten deutschen Wirtschaft dienen wird. So geht die Tagung dieses genossenschaftlichen Einheitsverbandes in ihrer Bedeutung weit über den Rahmen einer landwirtschaftlichen Fachtagung hinaus und berührt mit ihrem Programm wesentliche Interessen nicht nur der Gesamtwirtschaft, sondern auch des gesamten Volkes.

Der Haupturheber des Weltkriegs

Das Geheimnis des Serajewo-Attentats

Es läßt sich gerade jetzt am 16. Male die schicksalsschweren Tage, die im Jahre 1914 die Katastrophe des Weltkrieges einleiteten. Dem kürzlich in Leningrad erschienenen Buche von N. Poletika „Der Mord von Serajewo“ entnehmen wir folgende interessante Einzelheiten über die Vorbereitung des Attentats auf den österreichischen Thronfolger Franz Ferdinand.

Als die Regierung der österreichisch-ungarischen Monarchie am 26. Juli 1914 ihr Ultimatum an Serbien sandte, wußte sie noch nichts von der Existenz der geheimen serbischen terroristischen Organisation „Schwarze Hand“, welche am Morde des Thronfolgers Franz Ferdinand die ausschlaggebende Rolle spielte. Dieser terroristische Geheimbund besaß seine Tätigkeit kurz nach der Annexion Bosniens und der Herzegowina durch Oesterreich und trug den Namen: „Einigung oder Tod“. Der Bund besaß den Beinamen „Schwarze Hand“, weil auf seinem Siegel eine muskulöse Hand mit einer flatternden Fahne dargestellt war. Unter den Gründern und Führern befanden sich auch einige Personen, die am 29. Mai 1903 im Schloß von Belgrad den damaligen König Alexander und die Königin Draga auf bestialische Weise ums Leben brachten.

Die „Schwarze Hand“ umgab sich mit strengster Konspiration. Die Mitglieder wurden in Gruppen zu drei oder fünf Mann eingeteilt und einer eisernen Disziplin unterworfen. Die Gruppen kannten sich gegenseitig nicht und unterhielten Beziehungen untereinander nur durch spezielle Verbindungsleute. Die Mitglieder wurden nicht nach Namen, sondern nach Nummern geführt. Nur die „Oberste Führung“ kannte die Namen aller Bundesmitglieder.

Im Jahre 1913 übernahm der Oberst Dimitriewitsch mit Beinamen „Adias“ den Vorstoß, der gleichzeitig Chef des Geheimdienstes des serbischen Generalstabes war. Das ganze Leben dieses politischen Abenteurers war eine Kette von Verschwörungen und Attentaten. Im Jahre 1911 schickte er seine emissäre nach Wien zur Vorbereitung eines Attentates auf den Kaiser Franz Joseph; im Februar 1914 schlug er dem geheimen bulgarischen Revolutionskomitee einen Plan der Ermordung des Königs Ferdinand von Bulgarien vor; in demselben Jahre arranierte er das Serajewo-Komplot, und zwei Jahre später versuchte er, auf der Insel Korfu eine Verschwörung gegen das Leben des Königs Konstantin von Griechenland anzuknüpfen.

Sein treuester Helfer war Major Tantschitsch, der ihm bereits beim Morde am serbischen Königspaar zur Seite stand. Der italienische Journalist Luciano Mozini erzählt in seinen Kriegserinnerungen von seiner Begegnung während des Weltkrieges mit Major Tantschitsch am serbischen Kriegsschauplatz. Der Major rühmte sich vor dem Italiener, die Verschwörung gegen den österreichischen Thronfolger organisiert zu haben, und nannte sich dabei den Haupturheber des Krieges.

Der Beschluß, den Erzherzog Franz Ferdinand zu ermorden, wurde Mitte Januar 1914 in der französischen Stadt Toulouse in einem kleinen Hotel „Saint Jerome“ gefaßt, wo balkanische Terroristen häuflig verkehrten. Zwei serbische Verschwörer, Golubitsch und Kommedoschitsch, die der großserbischen Geheimorganisation „Jung Bosnien“ angehörten, haben dann die Initiative ergriffen. In einer konspirativen Versammlung, an welcher einige zur Besprechung dieses Planes eines aus dem Balkan herbeigekommene Kameraden teilnahmen, wurde beschloffen, dem Schüler Princip und seinen Freunden in Belgrad, welche als sonatliche Anhänger der großserbischen Idee bekannt waren, den Vorschlag zu machen, das terroristische Todesurteil auszuführen. Princip und sein engerer Freund Gabrinowitsch sauberten nicht und erklärten sofort ihre Bereitschaft.

Um das Attentat zu vollbringen, waren Waffen notwendig. Durch einen Mittelsmann namens Grabitsch wurde Major

Tantschitsch um Waffenlieferung gebeten. Sofort machte Tantschitsch im Einvernehmen mit Oberst Dimitriewitsch sich die Sache zu eigen. Die „Schwarze Hand“ hat den Plan des Attentats konzipiert und den Arm der jungen Verschwörer geleitet. Als sich herausstellte, daß weder Grabitsch noch seine beiden Kameraden Princip und Gabrinowitsch mit Waffen umzugehen verstanden, lotete Tantschitsch zu einem seiner Helfer, Ziganowitsch: „Unterrichte die Jungen im Schießen“. Am 27. Mai übergab Ziganowitsch den Verschwörern 6 Bomben, 4 Browningspistolen mit Patronen und 100 Dinar für Reisekosten von Belgrad bis Serajewo. Die weitverzweigte Organisation der „Schwarzen Hand“ hat den Attentatären den illegalen Übergang der österreichischen Grenze erschwert — einige serbische Zollbeamte waren dabei beihilflich.

Die drei Hauptattentäter — Princip, Gabrinowitsch und Grabitsch — waren noch nicht volljährig, deswegen wurde ihnen nach der Ermordung des Erzherzogs die Todesstrafe in lebenslängliche Zuchthausstrafe umgewandelt. Alle drei starben in der österreichischen Festung Theresienstadt.

Der Mord hat seine Schuldigkeit getan... Im Jahre 1917 wurde Oberst Dimitriewitsch, der allzuviel wissende und gefährliche Mann, mit seinen Helfern wegen angeblichen Hochverrats vom serbischen Kriegssgericht zum Tode verurteilt und hingerichtet. Major Tantschitsch fand schon früher den Tod an der Front.

Steuertüftelei

Ueberspannung der indirekten Steuern

Von Hermann Brieger

In dieser Zeit der Finanzmishwirtschaft der öffentlichen Verwaltungen hat eine Tüftelei im Suchen nach neuen Steuern eingesetzt, die sich der ungeheuerlichen Ueberreizung namentlich im System der indirekten Steuern gar nicht mehr bewußt zu sein scheint und dabei an den billigsten Forderungen der Ausgabenlenkung blind vorbeigeht. Steuerzahlen ist gewiß eine unangenehme, ebenso gewiß aber eine unausweichliche, selbstverständliche Pflicht. Niemand verschließt sich der Notwendigkeit einer Beitragsleistung zu den allgemeinen Staatsaufgaben. Der ideale Zustand wäre es, wenn der Staat sich mit den direkten Steuern vom Einkommen begnügen könnte und vor allem damit zufrieden sein wollte, weil diese allein eine gerechte Verteilung der Beiträge zur Staatsverwaltung nach der wirtschaftlichen Kraft des einzelnen Staatsbürgers ermöglichen. Die direkten Steuern allein erfüllen die Grundzüge der Gerechtigkeit auch nach der Richtung der großen theoretischen Forderung einer gesunden Steuerpolitik, daß diese gleichmäßig im Sinne der Steuerkraft und allgemein sein muß. Dieser Forderung genügt am vortrefflichsten die allgemeine Einkommensteuer, die so gestaffelt werden kann, daß sie auf Schwache billige Rücksichten nimmt und Starke nicht allzu hart ansieht, um ihnen die Möglichkeiten zum Sparen, zur Geldanlage in Unternehmungen, kurz zur Geldverwendung in den verschiedenartigsten arbeitsschaffenden Formen nicht zu verkappen und zu verkleiden. Zu den idealen direkten Steuern vom Einkommen kann auch die bei uns so heftig befehdete Lohnsteuer gehören, wenn sie eben weniger schematisch als heute abgenommen wird und besser die sozialen Leistungsmöglichkeiten der verschiedenen Lohnhöhen in geordneter, dem tatsächlichen Leben entsprechender Form berücksichtigt. Andere direkte Steuern wie Vermögenssteuer, Hauszinssteuer, Grund- und Gebäudesteuer, Kapitalertragssteuer, Gewerbesteuer verlegen schon in hohem Grade den Gerechtigkeitssinn der Gleichmäßigkeit und Allgemeinheit, weil sie Doppelformen der Besteuerung für einzelne Schichten und Belastungen einführen, die wirtschaftsschädigend und wirtschaftslähmend wirken müssen, zumal die Erhebungsformen sie teilweise mit Beschlag belegen, wenn der Steuerzahler die entsprechenden Einnahmen noch gar nicht hat.

Die plumpeste und ungerechteste Form der Steuern finden wir bei den indirekten Steuern, den Gebrauchs-, Verbrauchs- und Aufwandssteuern, die reich und arm in der gleichen Höhe, aber nicht entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit treffen. Den Millionär beispielsweise, der in einer Minute mehr „verdient“ als zahlreiche Arbeitnehmer an einem ganzen Tage oder in einer ganzen Woche, kostet dennoch das Glas Bier nicht mehr als den Kernten der Armen, der die ungerechte Verbrauchssteuer in gleicher Höhe wie die Gutsituierten zu tragen hat. Beim Bier als dem begehrtesten — oder besser am meisten geschändeten — Steuerobjekt, sind die Abgaben besonders zahlreich und abenteuerlich. Es gibt da die allgemeine Biersteuer, die Brausteuer, die Malzsteuer, die Kesselsteuer, die Hottischsteuer, den Malzaufschlag, die Schanksteuer und schließlich die Masse mitbelastender Soal-, Vergnügungs-, Luxus-, Leuchtmittel- und Umsatzsteuern, die alle dazu beitragen, aus einem volkstümlichen Getränk allmählich ein immer schwerer erschwingliches Luxusgetränk zu machen und dadurch — ein Hohn auf jegliche Gerechtigkeit — gerade die mittel- und wenig begüterten Volksschichten zu belasten.

Die Sonderbetrachtung dieses schwer getränkten täglichen Verbrauchsmittels darf aber nicht ablenken von der Bedenkenlosigkeit, mit der die Steuertüftler in den Wirtschaftsablauf auch durch Fahrrad-, Auto-, Zündwaren-, Kohlen-, Steuern und ähnliche Zugriffe störend eingreifen. Als besonders ärgerlich, als unzeitgemäßer Tribut werden dann mit Recht die so lähmend wirkenden Umsatzsteuern und die

zahllosen Stempelabgaben bei Beanspruchung der Behörden aufgefaßt. Bei zahllosen Gelegenheiten, neuerdings wieder aus Anlaß der durch sozialdemokratische Anträge veranlaßten Erhöhung des Schulgeldes in Preußen fragt sich der Steuerzahler stets erbittert und empört: „Weshalb muß ich immer wieder besonders zahlen, wenn ich mich mit einer Behörde in Verbindung setze? Was geschieht denn mit den hohen Einkommen- und Lohnsteuern, die mir schon abgenommen werden? Was leistet überhaupt der Staat?“ Daraus ergeben sich dann die Steuerverdrossenheit, die Steuerdrückbergerei und der staatsfeindliche Argwohn: Es geht nicht mit rechten Dingen zu.

Und das ist leider auch der Fall! Schauen wir uns die Steuerbehörden selbst an, so wissen wir aus den Mitteilungen des Statistischen Reichsamtes, daß sie nicht wie im Frieden 8,1 Prozent, sondern 7,1 Prozent Unkosten verursachen, daß also von jeder Mark, die jemand Steuern bezahlt nicht wie früher 6, sondern 7 Pfennig nur erst einmal für die Finanzverwaltung und nicht für den eigentlichen Steuerzweck geopfert werden müssen. Das ist eine Verschlimmerung der Verwaltungsunkosten um 17 Prozent, obwohl doch die allgemeinen Unkostenanteile bei Vermehrung der Steuern sinken müßten. Und dieser eine Pfennig mehr auf jede Mark macht im Reichshaushalt und in den Haushalten der Länder und Gemeinden allein schon 230 Millionen Mark mehr aus, die für nichts anderes bezahlt werden als für Verwaltungsschlurigkeiten, die mit einem Federstrich zu beseitigen wären, dem Steuerzahler dem Beamten, dem Staat ganz und gar nichts nützen. So wird bei uns vergeudet in einer Zeit der ungeheuersten Not, in der es auf jeden Pfennig ankommt! Daran sollten die Steuertüftler denken, die nach neuen Verbrauchssteuern ausschauen, anstatt die Behebung aller Schwierigkeiten durch Ausgabenreduktion zu veranlassen. Die Lasten sind bereits unerträglich hoch geworden; jede neue Steuererhöhung wäre daher eine weitere Vernichtung unerlebhiger Volkskräfte.

Stalins Sieg über die Partei

Die ersten Tage des Parteikongresses in Moskau
Von unserem Rußland-Mitarbeiter

Stalin, der Generalsekretär der kommunistischen Partei Rußlands, hat auf dem jetzt in Moskau tagenden Parteikongress eine achtstündige Rede gehalten. Damit hat er zwar noch nicht den Dauerrekord in programmatischen Reden geschlagen, den der türkische Staatschef Mustapha Kemal Pascha mit einem Redefloß aufgestellt hat, der über 500 gedruckte Seiten einnimmt; immerhin hat Stalin eine bewundernswürdige Ausdauer an den Tag gelegt — und seine Zuhörer auch. Es ist nicht anzunehmen, daß die Spannung der Zuhörerschaft während der programmatischen Erklärung Stalins auch nur einen Augenblick nachließ. Hat es sich doch um eine Art Manifest des Mannes gehandelt, der heute unwiderleglich Herrscher eines riesigen Landes ist.

Stalin tritt äußerst selten öffentlich auf. Er ist kein guter Redner, und er spricht als geborener Georgier nicht einmal einwandfrei russisch. In Lebzeiten Lenins hat man nie Stalin sprechen hören, obwohl er damals zu den leitenden Mitgliedern des Parteipräsidiums gehörte. Diesmal, am zweiten Tag des 16. Parteikongresses, wurden die Worte Stalins durch den Rundfunk in alle Teile des Landes getragen. Es war ein großes Ereignis nicht nur für die Partei, sondern für den ganzen Sowjetstaat. Anders konnte es auch nicht sein. In den zweieinhalb Jahren, die seit dem 15. Parteikongress vergangen sind, hat Sowjetrußland eine neue Revolution durchgemacht. Anders kann man die tiefgreifende Umwälzung nicht nennen, die alle Gebiete des Produktionslebens erfaßt hat. Der berühmte Fünf-Jahres-Plan, der im Herbst ins dritte Jahr seines Funktionierens eintritt, hat zu äußerster Anspannung aller Kräfte Sowjetrußlands und zugleich zu einer ungeheuren Ansteigerung der allgemeinen Not und Krisenstimmung geführt. Die Forderungen dieses Fünf-Jahres-Plans an das Sowjetland und seine Einwohner sind ungeheuerlich, aber vielleicht noch ungeheuerlicher ist das Agrarprogramm Stalins, das mit dem industriellen Teil des Fünf-Jahres-Plans aufs innigste verbunden ist. Bekanntlich hat seit Herbst des vergangenen Jahres rund die Hälfte aller Privatbauernwirtschaften in Sowjetrußland zu existieren aufgehört. Die Stalinische Kollektivierung hat in wenigen Monaten die gewagtesten Zukunftspläne des Fünf-Jahres-Programms des landwirtschaftlichen Aufbaues um das Dreifache überfliegen. Die Wirkung davon war katastrophal und konnte nur katastrophal sein. Die Stalinische „Revolution auf dem flachen Lande“ hat zu einem solchen Chaos und einer solchen Verwüstung geführt, daß der Kreml einen Rückzug auf der ganzen Linie antreten mußte. Es war Stalin selbst, der den Befehl zum Rückzug gegeben hat. Seine Position wurde dadurch erheblich erschüttert. Aus den Reihen der Partei erwachsen ihm neue Gegner, die seine Taktik als zu gewagt und daher verwerflich bezeichnen. Es ist leicht begreiflich, mit welcher Spannung unter diesen Umständen die Rede Stalins auf dem 16. Parteikongress erwartet wurde.

Nach am Vortage des Kongresses schien Stalins Schicksal ungewiß. Aber schon am ersten Tage wußte man, daß sein Sieg außer Frage steht. Dieser begabte Organisator hat bei der Vorbereitung des 16. Parteikongresses sich selbst überflüssig gemacht. Es ist ihm mit Hilfe durchgreifender Maßnahmen gelungen, die Unzufriedenen mundtot zu machen und die Oppositionsgefahr zu bannen. Es ist nicht nur der Parteiterror, dessen sich Stalin dabei bediente. Es war vielmehr eine außerordentlich sorgfältig durchdachte und glanzvoll durchgeführte Kampagne, die eine Kombination zwischen Drohung und Ueberzeugung darstellte. Es gab keine Tatfachen, die auf die Wankenden zugunsten Stalins

wirkten, vor allen Dingen der unbezweifelbare Erfolg der Frühjahrserntebestellung (nach offiziellen Statistiken!). Wie die Ernte sein wird, wird man mit Bestimmtheit erst nach dem Abschluß der Ernteaufbringung, also nicht vor September, wissen. Vorläufig sieht es so aus, als hätte sich Stalins Taktik auf dem Lande — dank seines letzten Rückzuges — bewährt. Dies ist augenblicklich das größte Plus Stalins, und von diesem Plus hat er in seiner großen Rede auf dem Parteikongress ausgiebig Gebrauch gemacht.

An sich hat die Rede Stalins nichts Neues gebracht. Sie enthielt einen Rückblick auf das in den zweieinhalb Jahren Erreichte und einen Ausblick auf das in der nächsten Zeit zu Erreichende. Entscheidend ist aber die Atmosphäre, die diese Rede umwob. Stalins unerschütterliche Siegesgewißheit, der feste Glaube an die Richtigkeit des einmal betretenen Weges und die völlige Ueberzeugung davon, daß die Partei hinter ihm steht — das hörte man aus jedem Satz Stalins heraus.

Mit dem Auftreten des Generalsekretärs der Partei hat der Kongress seinen Höhepunkt erreicht und überschritten. Was weiter kommt, ist wohl nur praktische Arbeit, die ganz im Schatten der Erklärung Stalins steht. Der Diktator hat über seine Partei geredet. Ob das ein Pyrrhussieg war, wird die nächste Zukunft zeigen. A. B.

Die Botschaft des Nürnberger Kirchentags

Nürnberg, 1. Juli. Der Deutsche evangelische Kirchentag hat unter dem Eindruck der Feier der Augsburger Konfession eine Botschaft erlassen, die zur Frage der Kirche Stellung nimmt und das evangelische Kirchenvolk zur Kirchlichkeit aufruft. Die Kundgebung beginnt mit einem Rückblick auf die kirchengeschichtliche Entstehung der evangelischen Kirche und fährt dann u. a. aus: Heute erwachen der evangelischen Kirche im Zusammenbruch unserer Zeit und in einer für sie völlig veränderten Lage eine ernste Verpflichtung und heilige Verantwortung. Sie hat einer gährenden Welt den Willen Gottes als die Wahrheit zu verkünden, in der die Kraft der Erlösung und Erneuerung liegt. Sie hat einem zerrissenen Volke Gemeinschaft zu bieten, die härter ist als alle Standes- und Berufsänderungen, härter als der Kampf der Machigruppen, härter als aller wirtschaftliche Zwang. Sie hat auch eine weltumspannende Aufgabe, die über die Grenzen der einzelnen Kirchen und des eigenen Volkes hinausgeht. In solcher Verpflichtung bekennen sich die deutschen evangelischen Kirchen und fordern alle ihre Glieder auf zu rechter Kirchlichkeit.

Die Schlussberatungen des Kirchentages waren ausgefüllt von den Berichten der Ausschüsse. Zur sozialen Frage wurde eine Entschliessung angenommen, die auf das Problem der Arbeitslosigkeit und die mit ihr verknüpfte seelische und sittliche Not hinweist. Im Hinblick auf die Massenarbeitslosigkeit forderte der Kirchentag mit allem Ernst von den verantwortlichen Stellen in Reich und Ländern, daß zur Behebung dieser Not, insbesondere zur Beschaffung von Arbeit, das Äußerste getan werde. In einer Entschliessung zur Schulfrage gibt der Kirchentag seiner schmerzlichen Enttäuschung darüber Ausdruck, daß eine reichsgesetzliche Regelung der schulrechtlichen Lage bisher nicht gelungen sei und fordert angesichts der immer unerträglicher werdenden Schulverhältnisse Fortsetzung der Bemühungen um eine solche Regelung. Ebenso trat der Kirchentag für die Einführung des Religionsunterrichtes als ordentliches Lehrfach in den Berufsschulen ein. Der Präsident schloß die Beratungen mit einem Dank an die Stadt Nürnberg und an die evangelischen Gemeinden Bayerns, womit der dritte deutsche evangelische Kirchentag sein Ende nahm.

Aus dem Finanzausschuß

Stuttgart, 30. Juni. Der Finanzausschuß nahm in der Monatsung zunächst die Mitteilungen des Wirtschaftministers Dr. Maier über den Stand der Verhandlungen betreffend die Elektrifizierung der Vorortslinien der Reichsbahn entgegen. Die feststen Anlagen würden hierbei auf 8,5 Millionen, die Betriebsmittel 4 Millionen und der Bau des dritten und vierten Gleispaars von Stuttgart nach Ehlingen 4,5 Millionen Mark betragen. Bis 1932 soll der Betrieb eventuell aufgenommen werden. Die Verhandlungen mit der Reichsbahn seien erfolgreich voranschritten, doch seien in letzter Zeit Bedenken aufgetaucht. Der württembergische Staat würde der Reichsbahn ein Darlehen von 8,5 Millionen Mark zur Verfügung stellen bei 4prozentiger Verzinsung. Die Fahrzeuge müssen in erster Linie von der württembergischen Industrie geliefert werden. Von den 30 Millionen Mark Darlehen für den Ausbau der Linie Osterburken-Tuttlingen sollen 4,5 Millionen Mark ausfallen der Linie Stuttgart-Ehlingen entnommen werden, die später von der Reichsbahn zwecklos werden sollen. Alles in allem: Der Staat ist bereit, 13,5 Millionen Mark in den Vorortverkehr Stuttgarts einschließlich der Elektrifizierung derilder zu geben. Die Leistungen der Stadt Stuttgart stehen in der Erwerbung der Reichsbahnlinie Leinfelden. Die Bahn soll von der Stadt Stuttgart weitergeführt werden. Die Reichsbahn ist bereit, diese eine Million Mark zum Bau des zweiten Gleises zwischen Dillingen und Leonberg zu verwenden. Weiter machte der Minister Mitteilung über weitere Bahnarbeiten. Der Stadt Stuttgart soll ihre Beteiligung der Stuttgarter Straßenbahn an der Ehlinger-Kellinger Linie um 200 000 Mark erhöhen. Die Aussprache führte zur Klarstellung verschiedener rechtlicher und volkswirtschaftlicher Fragen. Reiterungsseitig wurde der folgende Antrag vorgelegt: Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ermächtigen, einen Vertrag mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft über die Errichtung des elektrischen Betriebs auf einem Gleispaar der Strecke Ludwigsburg-Stuttgart-Ehlingen sowie über den Bau eines zweiten Gleises zwischen Dillingen und Leonberg vorabzuschließen der Verabschiedung der erforderlichen Mittel im Staatshaushaltsplan unter der Voraussetzung abzuschließen, daß die Stadt Stuttgart sich bereit erklärt, durch Uebernahme der Reichsbahnstrecke Leinfelden-Neubausen oder auf andere Weise den Bau des zweiten Gleises zwischen Dillingen und Leonberg und den Ausbau des Filderbahnnetzes zu ermöglichen, sowie die Gemeinden Vörsanden und

Plattenhardt an das Filderbahnnetz anzuschließen und daß die beteiligten Amtskörperschaften sich an der Aufbringung des in Höhe von 8,5 Millionen in Aussicht gestellten Darlehens in angemessener Weise beteiligen. Von Reiterungsseite wurde mitgeteilt, daß der benannte Ausbau der Linie Osterburken-Tuttlingen teilweise wegen Mangel an Mitteln seitens der Deutschen Reichsbahn wieder eingestellt worden sei. Zurzeit habe die Reichsbahn für diese Zwecke keine Mittel zur Verfügung. Auf vorgebrachte Bedenken eines Zentrumstribünen teilte der Finanzminister mit, daß der Vertragsentwurf mit der Reichsbahn über den Ausbau des Stuttgarter Verkehrsnetzes dieselben Grundzüge enthalte, wie der Nordfildertag und der Friedrichshäuser Vertrag. Die Zustimmung über den Reiterungsantrag wurde ausgesetzt, um den Fraktionen Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. — Der Wirtschaftsminister gab Johann Mitteilung über die Verhandlungen über den Verbleib der Mauerwerke in Oberndorf. Das Werk dürfe nicht zum Erliegen kommen. Der Staat habe die Aufgabe, hier mitzuwirken. Die Landesversicherungsanstalt sei bereit, der Stadt Oberndorf zur Erwerbung des Fabrikkrankenhauses 15 000 Mark zur Verfügung zu stellen. Der durch den Minister vorgelegte Antrag, wonach der Verbleib der Mauerwerke in Oberndorf dadurch gesichert werden soll, daß der Staat den Erwerb von Häusern der Werkfriedung Darlehen bis zu 400 000 Mark zu ermäßigtem Zinsfuß gewährt, wurde angenommen.

Stuttgart, 1. Juli. Der Finanzausschuß des Landtags trat heute nachmittag noch einmal zu einer kurzen Sitzung zusammen, um über folgenden Antrag Ulrich (Soz.), Vollstädt (F.), Körner (F.), Scheel (Dem.), Dr. Burger (D.Fp.) und Bausch (Chr.F.) Stellung zu beschließen: Das Staatsministerium zu ermächtigen, einen Vertrag mit der Deutschen Reichsbahngesellschaft über die Errichtung des elektrischen Betriebs auf einem Gleispaar der Strecke Ludwigsburg-Stuttgart-Ehlingen sowie über den Bau eines zweiten Gleises zwischen Dillingen und Leonberg vorabzuschließen der Verabschiedung der erforderlichen Mittel im Staatshaushaltsplan unter der Voraussetzung abzuschließen, daß die Stadt Stuttgart sich bereit erklärt, durch Uebernahme der Reichsbahnstrecke Leinfelden-Neubausen oder auf andere Weise den Bau des zweiten Gleises zwischen Dillingen und Leonberg zu ermöglichen, sowie die Gemeinden Vörsanden und Plattenhardt an das Filderbahnnetz anzuschließen, und daß die beteiligten Amtskörperschaften sich an der Aufbringung des in Höhe von 8,5 Millionen RM in Aussicht gestellten Darlehens in angemessener Weise beteiligen. Der Antrag wurde nach kurzer Aussprache einstimmig, einschließlich der Kommunisten, angenommen.

Juli

Der Monat der Reife und der Ernte

Der 1. Juli bedeutet für uns mehr als die Tatsache, daß der wichtigste Monat des Hochsommers beginnt. Wenn wir uns einen Augenblick befinden, so fällt uns vor allem auf, daß der Juli zur Hälfte vorüber ist. Wir treten mit dem 1. Juli in eine zweite Hälfte ein. Ist wirklich schon soviel Zeit wieder verstrichen? Je älter wir werden, desto schneller gehen die Tage dahin. Im Gleichmaß der Jahre fallen uns so manche Ereignisse in der Art nicht mehr auf. Es wird in jedem Jahr Frühling in jedem Jahre wird geerntet, man bemerkt vielleicht einmal Mühsal, wie die Blume locken noch fast stunden, plötzlich in Schmutz vollstättigen Laubes stannen, und es bleibt mit ein kurzer Eindruck. Unsere Arbeit nimmt uns zu viel in Anspruch, um auf den Zeitablauf und den mit ihm in Erscheinung tretenden Ereignissen zu achten. Man lächelt unwillkürlich bei den Gedanken, daß nun bereits das Jahr 1930 wieder seinem Ende entgegengehen soll. Jetzt kommt doch erst der Sommer, die Zeit der Ernte, der Reife. Für die Mehrzahl steht der Urlaub, die schönste Zeit des Jahres, noch bevor, aber wie rasch wird aus das vorüber sein!

In diesem Jahre erscheint uns allerdings der 1. Juli nicht mehr recht als die Mitte des Jahres. Die fast tropischen Temperaturen des Monats Juni waren für die Allgemeinheit nicht bedeutend mit dem Sommerbeginn. Es ist zwar richtig, daß der Kalender erst den 22. Juni als Sommeranfang bezeichnet. Da mit solchen interessanten wissenschaftlichen und sachlichen Daten plant sich nicht gern derjenige, der bereits am 3. Juni nicht mehr weiß, wohn er vor der Hitze flüchten soll. Das warme Wetter des Vorjommers hat es auch mit sich gebracht, daß die Vorreifezeit in diesem Jahre verhältnismäßig länger ausgefallen ist als sonst, da sich viele, noch dazu bei der beständigen Witterungslage, veranlaßt haben, ihren Urlaub früher zu nehmen. Der Monat Juli ist vor allem als Reife- und Erntemonat gekennzeichnet. Es beginnen die großen Ferien, und wenn auch nicht überall im Reich das Datum des Ferienbeginns gleichmäßig festgesetzt ist, wird doch keine wesentliche Verteilung des Reife- und Erntebereichs erreicht, weil die zeitlichen Differenzen nur verhältnismäßig gering sind.

Für den Ausfall der Ernte ist die Wetterbildung im Juli von großer Bedeutung. Darauf weisen auch viele Sprüche, die der Volksmund überliefert werden, hin. So heißt es scherzhaft:

„Im Juli muß vor Hitze brauen, was im September soll geraten.“

Und in Abänderung eines bekannten Spruches für einen anderen Monat heißt es:

„Im Juli fast und nah, bleiben leer Scheuer und Fag.“

Hingegen schadet ein tüchtiger Gemitterregen weder der Reife noch der Traubenernte; denn:

„Ein rechtes Julgemitter ist gut für Winzer und Schnitter.“

Wohingegen:

„Julregen, nimmt den Erntesegen.“

Der Juli, der bei uns der 7. Monat des Jahres ist, war bei den Römern, die ihr Jahr mit dem März begannen, der 5. Monat und hieß daher Quintilis. Im Jahre 46 v. Chr. erhielt er jedoch zu Ehren Julius Cäsars, der in diesem Monat geboren war, den Namen Julius. In der germanischen Sprache heißt der Juli Heumonath wegen der zu dieser Zeit stattfindende Heuernte, die allerdings in diesem Jahre noch vor Beginn des Monats zu 90 Prozent beendet ist.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Paul
Verantwortlicher Schriftleiter: Erwin Bollmer

